

campus

*Im Kampf  
für eine  
Welt ohne  
Atomwaffen*

Mohamed ElBaradei

**WÄCHTER DER  
APOKALYPSE**



# INHALT

Vorrede . . . . .	9
1. Irak, 1. Runde: <i>Nach dem Krieg</i> . . . . .	19
2. Nordkorea: <i>Das fehlende Plutonium</i> . . . . .	47
3. Irak, 2. Runde: <i>Der zweite Golfkrieg</i> . . . . .	59
4. Nordkorea: <i>Der Club der Kernwaffenstaaten bekommt Zuwachs</i> . . . . .	101
5. Iran: <i>Taqqiya</i> . . . . .	124
6. Libyen . . . . .	160
7. Der Atombasar von A. K. Khan . . . . .	176
8. Von Wien nach Oslo . . . . .	191
9. Iran: <i>»Nicht eine einzige Zentrifuge«</i> . . . . .	202
10. Zweierlei Maß . . . . .	225
11. Iran, 2007 bis 2008: <i>Vertane Chancen</i> . . . . .	252
12. Iran, 2009 . . . . .	296
Schluss: <i>Das Ringen um die Sicherheit der Menschheit</i> . . . . .	325
Dank . . . . .	333
Anmerkungen . . . . .	336
Register . . . . .	359



## DER ATOMBASAR VON A. K. KHAN

Die Entdeckung des Netzwerks von Abdul Kadir Khan markierte die dritte einer ganzen Reihe von tiefgreifenden Veränderungen des atomaren Status quo. Die erste ging auf den Beginn der neunziger Jahre zurück, als Länder wie der Irak und Nordkorea, die dem Atomwaffensperrvertrag angehörten, bewusst und heimlich gegen dessen Auflagen verstießen. Libyen war nur das jüngste Beispiel.

Die zweite Veränderung folgte mit den Terroranschlägen des 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten, als sich die Erkenntnis durchsetzte, dass nicht nur Staaten, sondern auch Extremistengruppen ein Markt für radioaktives Material waren. Die Anschläge ließen bei Atomexperten die Alarmglocken schrillen: Was wäre, wenn eine Terrorgruppe Zugang zu radioaktivem Material erhielt und eine schmutzige Bombe baute?<sup>1</sup> Oder schlimmer noch: Wenn sie genug Atommaterial zusammenbekäme, um eine primitive Kernwaffe zu bauen? Das Risiko wurde deutlich, als Beweise dafür auftauchten, dass sich al-Qaida Massenvernichtungswaffen beschaffen wollte.

Die internationale Gemeinschaft reagierte mit einer dramatischen Neubewertung des Schutzes ihrer Atomanlagen und radioaktiven Materialien. Innerhalb weniger Monate sprang das jährliche Sicherheitsbudget der IAEO von 1 auf 30 Millionen US-Dollar, zum überwiegenden Teil durch freiwillige Zuwendungen. Die IAEO entsandte Missionen in Länder wie Georgien und andere ehemalige Sowjetrepubliken, um dort zurückgelassene radioaktive Materialien ausfindig zu machen. Weltweit verstärkten Kernkraftwerke, Forschungsreaktoren und andere Atomanlagen ihre Sicherheitsvorkehrungen. Sze-

narien für die potenzielle Sabotage von Atomanlagen wurden überprüft.

Die Reaktion auf die Bedrohung war keineswegs homogen. Westliche Regierungen und Nichtregierungsorganisationen spendeten der Internationalen Atomenergieorganisation Geld für zusätzliche Sicherheitsaufgaben. Doch viele Entwicklungsländer sperren sich dagegen, diese zusätzlichen Aufwendungen fest in das Budget der IAEA aufzunehmen. In nicht öffentlichen Debatten verwiesen sie auf das traditionelle Gleichgewicht der IAEA zwischen der Förderung der zivilen Kerntechnologie (etwa bei der Krebsbehandlung oder der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität) und den Kontrollaufgaben. Sie befürchteten, die massive Aufstockung des Sicherheitsbudgets könne zu einer Dauereinrichtung werden und sie könnten gezwungen werden, sich daran zu beteiligen.

Diese Meinungsverschiedenheit war nur ein weiterer besorgniserregender Hinweis auf den Nord-Süd-Konflikt innerhalb der Organisation. Viele Entwicklungsländer waren der Ansicht, dass das Thema Sicherheit vor allem die westlichen Industrienationen betraf, weshalb diese auch finanziell dafür aufkommen sollten. Das war jedoch zu kurz gedacht: Die Bedrohung betraf auch kleinere, weniger entwickelte Nationen, wie unsere Ermittlungen zum Schmuggel von radioaktivem Material und unsere weltweit angeforderten Sicherheitseinsätze bewiesen. In den folgenden Jahren wirkte die IAEA bei der Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen an mehr als 100 Anlagen in 30 Ländern mit, führte Sicherheitsworkshops in 120 Ländern durch, verteilte mehr als 3000 Strahlungsmessgeräte und sicherte fast 5000 Strahlenquellen in aller Welt.

Nach dem, was wir im Iran und Libyen beobachtet hatten, wussten wir Anfang des Jahres 2004, dass wir vor einer dritten Veränderung der Atomlandschaft standen: der Ausweitung des Schwarzmarkts für kerntechnische Materialien und Geräte. Wenn der Markt für ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage sorgt, dann waren die ersten beiden Veränderungen ein Hinweis auf die gestiegene Nachfrage durch Staaten oder Extremistengruppen, die radioaktives Material und Kernwaffentechnologie erwerben wollten. Der Aufbau eines illegalen Beschaffungsnetzwerks durch A. K. Khan und seine Leute

stellte die Angebotsseite der Gleichung dar. Als wir in den folgenden Jahren unsere Ermittlungen verstärkten, stießen wir auf mehr als 1300 Fälle von illegalem Handel mit radioaktivem Material. Wir hatten eine Art atomaren Supermarkt entdeckt.

✱

Was treibt einen Mann wie A. K. Khan an? Die Antwort hat vermutlich zum Teil mit seiner Biografie zu tun. Khan selbst berichtete, er habe als Jugendlicher in Indien das Massaker miterlebt, das die hinduistische Mehrheit unter der muslimischen Minderheit anrichtete. Während der Teilung des Landes im Jahr 1947 wanderte er mit seiner Familie in das neu gegründete Pakistan aus. Zwei Jahrzehnte später, während Khan in Belgien für seine Doktorarbeit in Metallurgie forschte, wurde Pakistan durch den Krieg mit Indien zerstört: Seine Armee wurde dezimiert, und es musste Bangladesch abtreten. Im Jahr 1972, kurz bevor Indien seine erste Atombombe zündete, nahm Khan eine Stelle bei einem Zulieferer von URENCO<sup>2</sup> an, einem britisch-deutsch-holländischen Konsortium, das Hochleistungszentrifugen zur Urananreicherung entwickelte und ein wichtiger Akteur auf dem Markt für Kernbrennstoffe werden sollte.

War das Motiv für Khans Projekt nationalistischer Eifer? War es persönlicher Ehrgeiz oder Gier? Oder war es religiöser Wahn und der Wunsch, Atomwaffen in die Hände von Muslimen zu geben, die seiner Ansicht nach unterdrückt wurden? Es ist schwer zu sagen, zumal die IAEO nie die Erlaubnis bekam, Khan direkt zu befragen. Es ist jedoch unbestritten, dass Khan bei seiner Rückkehr nach Pakistan als Leiter der Engineering Research Laboratories (die später in Khan Research Laboratories umbenannt wurden) die Mittel mitbrachte, um die kern-technischen Kapazitäten seines Landes dramatisch zu vergrößern: gestohlene Pläne von URENCO-Zentrifugen und Kontakte zu Unternehmen, über die er Material und Geräte zur Urananreicherung sowie andere Teile des Brennstoffkreislaufs beschaffen konnte. Unbestritten ist auch, dass Khan mit seinen Aktivitäten auf dem Schwarzmarkt seit Ende der achtziger Jahre ein Vermögen von angeblich mehr als 400 Millionen US-Dollar anhäufen konnte. Bevor Khans Netzwerk aus

Zulieferern, Herstellern und Mittelsmännern aufflog, war es ein hochentwickeltes, weit verästeltes System von globaler Reichweite.

Nachdem wir im Iran und Libyen erste Hinweise auf die Aktivitäten von A. K. Khan erhalten hatten, nahm Olli Heinonen, der Direktor der Abteilung für Safeguard-Abkommen, der für den Iran verantwortlich war, die Ermittlungen auf. Dank der Nachforschungen, die er und seine Kollegen durchführten, stießen wir auf immer mehr Puzzleteile: Dutzende Transaktionen, Namen und Standorte wichtiger Lieferanten sowie Hinweise auf die Methoden einiger Mittelsmänner. Natürlich nahmen auch die deutlich besser ausgestatteten Geheimdienste die Spur auf und gaben uns gelegentlich Hinweise, die uns bei unserer eigentlichen Aufgabe, der Rekonstruktion der Atomprogramme im Iran, in Nordkorea, in Libyen und anderswo, halfen.

Die Untersuchungen der IAEO bezogen sich vor allem auf die Verfolgung der Zulieferkette für verschiedene Komponenten. In Bestellungen, Lieferscheinen, Betriebsaufzeichnungen und gelegentlich auch Kontoauszügen fanden wir Adressen, Unternehmen und Kontakte. Über die Etiketten an den Geräten machten wir mutmaßliche Lieferanten ausfindig, über Seriennummern (sofern sie nicht entfernt worden waren) identifizierten wir Ort und Zeitpunkt ihrer Herstellung. Und natürlich führten wir auch Befragungen durch, um beispielsweise die Information, die uns iranische und libysche Regierungsvertreter und Wissenschaftler gaben, mit den Aussagen von Mittelsmännern abzugleichen.

Langsam setzte sich das Bild zusammen. Die erste bekannte Transaktion des Khan-Netzwerks geht auf das Jahr 1987 zurück, als sich zwei von Khans Partnern in Dubai mit drei Iranern trafen, um ein Geschäft mit Zentrifugenbauteilen und -plänen zu vereinbaren. Das einzige Dokument dieser Begegnung war ein einseitig beschriebenes Blatt Papier, das an eine Einkaufsliste erinnert. Im Rahmen des Geschäfts erhielt der Iran auch eine Liste von Unternehmen in Europa und in anderen Teilen der Welt, bei denen weitere, für das Atomprogramm erforderliche Technologie zu bekommen war.

Khans engster Stellvertreter war offenbar Buhary Sayed Abu Tahir, ein Geschäftsmann aus Sri Lanka und Besitzer von SMB Computers, einem Familienunternehmen mit Sitz in Dubai. Tahirs Kontakt zu

Khan begann, als dieser bei SMB Computers eine Klimaanlage für die Khan Research Laboratories bestellte. Im Laufe der Zeit wurde dieser Kontakt immer enger, und schließlich agierte Tahir als Kontakt für verschiedene Mittelsmänner des Netzwerks. Als der Iran im Jahr 1994 seine zweite große Bestellung aufgab, arrangierte Tahir die Lieferung von zwei Containern mit gebrauchten Zentrifugen von Dubai in den Iran in einem iranischen Handelsschiff. Als Seehandelszentrum mit großzügigen Zollbestimmungen war Dubai eine geeignete Operationsbasis. Khan erwarb eine Wohnung an der Al Maktoum Road, einem vornehmen Stadtteil, von der aus er sein Netzwerk dirigierte.

Ein weiteres Zentrum des Netzwerks war Malaysia. Dort ließ Tahir, dessen Frau aus Malaysia stammte, in dem feinwerktechnischen Unternehmen SCOPE<sup>3</sup> Zentrifugenbauteile fertigen. Der Schweizer Urs Tinner, Sohn des langjährigen Khan-Partners Friedrich Tinner, half Tahir, eine SCOPE-Fertigungsanlage im malaysischen Shah Alam zu errichten, und leitete dort die Produktion. Das Rohmaterial, hochwertiges Aluminium, wurde in Singapur eingekauft. Da die Teile einzeln gefertigt wurden und einige auch in Haushaltsgeräten und anderen gewerblichen Apparaten hätten verwendet werden können, machte sich das Management von SCOPE keine Gedanken über den Verwendungszweck der hergestellten Teile.

Nach eigenen Ermittlungen und in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen griff die malaysische Polizei im Mai 2004 zu und verhaftete Tahir in Kuala Lumpur, mit der Begründung, er stelle eine Gefahr für die Sicherheit dar. Die IAEO versuchte wiederholt, Tahir zu sprechen, und nach einigen Monaten erhielten unsere Inspektoren schließlich die Erlaubnis, Tahir zu befragen.

Dabei erfuhren wir, dass das Netzwerk nicht hierarchisch organisiert war, sondern ein loser Verbund von Unternehmern, Ingenieuren, Bekannten und zum Teil von Familienmitgliedern. Es gab zahlreiche Mittelsmänner. Einige Namen kamen schließlich an die Öffentlichkeit, als die jeweiligen Regierungen besagte Personen wegen verschiedener Delikte suchten. Gotthard Lerch war ein deutscher Staatsbürger, der in der Schweiz lebte. Der Brite Peter Griffin lebte in Frankreich und wurde bei Prozessen in Deutschland und Südafrika als Mitglied des Khan-Netzwerks genannt; er gab an, Khan zu kennen, stritt aber

jede Beteiligung an illegalen Atomprogrammen ab und wurde nie angeklagt. Johan Meyer war der südafrikanische Besitzer einer Ingenieursfirma; die Anklagen gegen ihn wurden fallen gelassen, als er sich bereiterklärte, gegen den Deutschen Gerhard Wisser auszusagen, der in Südafrika lebte und angeblich den Kontakt zwischen Meyer und Khan hergestellt hatte. Auch der Schweizer Ingenieur Daniel Geiges, der in Südafrika lebte, wurde von Meyer belastet.

Wir fanden heraus, dass wie auf jedem anderen Markt sowohl Käufer als auch Verkäufer die Initiative ergriffen. Der Iran hatte beispielsweise nicht nur über Khan, sondern auch über etliche Regierungen versucht, Teile zum Bau seiner Atomanlagen zu beschaffen. Ein ranghoher Beamter der südafrikanischen Atomenergiekommission berichtete mir beispielsweise, Mitte der neunziger Jahre habe der iranische Energieminister versucht, sensible Atomtechnologie in Südafrika zu erwerben. Das Land hatte die Anfrage zurückgewiesen: Südafrika war kurz zuvor dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten, und seine Technologie stand nicht zum Verkauf.

Das Netzwerk ging oft äußerst geschickt vor. Die Beschaffung streng kontrollierter Geräte, für die sich Exportkontrolleure interessieren könnten, organisierte es in der Regel über Zwischenhändler und mithilfe gefälschter Papiere, mit denen sich die Endkunden tarnten. Wie im Falle von SCOPE kannten die Hersteller den Verwendungszweck oft nicht, vor allem wenn die betreffenden Teile genauso gut in der Ölförderung, der Trinkwasseraufbereitung oder anderen Industriebranchen eingesetzt werden konnten.

Manchmal handelte es sich bei den Zwischenhändlern um tatsächlich existierende Unternehmen, bei anderen Gelegenheiten gründeten Khans Partner in Dubai eine Briefkastenfirma, führten die Transaktion durch und ließen das Scheinunternehmen danach wieder verschwinden. Zahlungen wurden auf Konten in anderen Ländern getätigt, um die Verfolgung zu erschweren. Der Iran zahlte große Summen in bar, und Khan wusch das Geld über Goldhändler und andere Unternehmen in Dubai, die vor allem über Bargeld operieren.

Eine der einfachsten und wertvollsten Waren Khans war seine lange Liste von Kontakten: Einzelpersonen und Unternehmen, welche die für ein Atomprogramm erforderlichen Geräte und Materialien herstellen

oder besorgen konnten. Während seiner Anstellung im niederländischen Labor Fysisch-Dynamisch Onderzoek, einem Subunternehmen von URENCO, hatte Khan beispielsweise mit hochfesten oder Maraging-Stählen gearbeitet. Er kannte Ingenieurs- und Produktionsfirmen, über die er Maraging-Stahl für die Zentrifugen-Rotoren beziehen konnte. Über seine Kontakte verschaffte er seinen Klienten Zugang zu wichtigen Lieferanten.

Eines der aufwändigsten Projekte führte das Netzwerk in einer Fabrik im südafrikanischen Vanderbijlpark durch, einer kleinen Bergwerksstadt in der Nähe von Johannesburg. Dazu gehörte unter anderem der Bau eines modularen Verarbeitungssystems für die Urananreicherung, allerdings noch ohne die Zentrifugen. Das System war vollständig und mit allen erforderlichen Pumpen, Ventilen, Druckkesseln, Stahlbehältern und Rohren versehen, über die  $UF_6$  durch die Zentrifugenkaskaden geleitet wird. Die Kaskaden waren in Folgen angeordnet, die das Natururan zunächst auf 3,5 Prozent  $^{235}U$  anreicherten und schließlich auf waffenfähiges Uran mit einem Anteil von 90 Prozent des radioaktiven Urans. Der Fabrikbesitzer bezeichnete die Anlage als »Kunstwerk«.

Die südafrikanische Polizei erhielt einen Tipp und griff im September 2004 in Zusammenarbeit mit der südafrikanischen Atomenergiebehörde<sup>4</sup> und der IAEO zu. Die Systeme waren zerlegt und in Containern verpackt worden und warteten auf die Auslieferung.

Atomexperten waren von der ausgedehnten Operation in Südafrika überrascht. Das Land selbst hatte sein Atomwaffenprogramm bereits vor geraumer Zeit eingestellt. Die politische Führung Südafrikas hatte sich zu einem expliziten Gegner der Verbreitung von Kernwaffen und einem Befürworter der atomaren Abrüstung gewandelt. Die Entdeckung der heimlichen Aktivitäten von Privatleuten unterstrich, wie wichtig eine Verstärkung der nationalen Überwachung der Fabrikation und des Handels mit atomrelevanten Exportartikeln war.

Südafrika war keineswegs das einzige beteiligte Land. Die Einzelheiten des Netzwerks, die Zug um Zug bekannt wurden, lasen sich wie der Bericht einer Weltreise. Ein deutscher Zulieferer hatte die Vakuumpumpen hergestellt. Ein spanischer Mittelsmann hatte zwei spezielle Drehbänke besorgt. Ein aus Ungarn stammender Israeli und früherer

Offizier, der in Südafrika arbeitete, wurde im Wintersportort Aspen in Colorado verhaftet, weil er Pakistan mit Zündern versorgt hatte, die auch für Atomwaffen verwendet werden können. Ein britischer Ingenieur hatte Pläne für eine libysche Maschinenfabrik erstellt, in der Zentrifugenteile hergestellt werden sollten. Die Heizkessel stammten aus Italien. Spannungswandler und andere elektronische Bauteile waren in türkischen Fabriken produziert worden, und die Teile dazu stammten aus verschiedenen europäischen Ländern. Alles in allem stieß die IAEO bei ihren Ermittlungen auf mehr als dreißig beteiligte Unternehmen in ebenso vielen Ländern.

\*

Nur ein Jahr zuvor hatten die IAEO-Inspektoren im Irak nach nicht vorhandenen Waffen gesucht. Jetzt, Anfang 2004, schienen wir überall auf Hinweise für die reale Verbreitung von Kernwaffen zu stoßen. Libyen hatte sein Atomwaffenprogramm offengelegt. Nordkorea näherte sich dem Bau seiner ersten Atombombe. Der Iran hatte nach sorgfältigen Inspektionen bekannt, zwei Jahrzehnte lang am Aufbau eines Brennstoffkreislaufs gearbeitet zu haben. Und wir konnten nicht sagen, wie weit oder wohin sich das Khan-Netzwerk ausgedehnt hatte.

Am 12. Februar 2004 veröffentlichte ich einen Artikel in der *New York Times*, in dem ich auf das Khan-Netzwerk aufmerksam machte und ausführte, dass der Atomwaffenmarkt florierte, auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite. Ich schlug eine Reihe von Maßnahmen vor, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken: verschärfte Exportkontrollen, eine Unterzeichnung des Zusatzprotokolls durch alle Mitglieder des Atomwaffensperrvertrags, ein Verbot eines Rücktritts von diesem Vertrag, eine Neuauflage der Verhandlungen um den Vertrag über das Verbot der Herstellung spaltbaren Materials für Kernwaffen<sup>5</sup> sowie einen Fahrplan zur atomaren Abrüstung der Kernwaffenstaaten.

Mir war jedoch klar, dass diese Punkte lediglich die technische Seite ansprachen. Die Wurzeln des Problems lagen sehr viel tiefer, in der extremen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ungleichheit zwischen Nord und Süd, der Asymmetrie der internationalen Sicherheitspolitik, die zweierlei Maß anlegte, und den Konflikten und Spannungen, die in

bestimmten Regionen weiter schwelten. »Wir müssen endlich auch die eigentlichen Ursachen der Unsicherheit ansprechen«, appellierte ich.

Solange wir keine Alternativen zur Behebung der Sicherheitsprobleme anbieten, werden in Konfliktregionen wie dem Nahen Osten, Südasien und der koreanischen Halbinsel absehbar weitere Länder versuchen, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen, so wenig gerechtfertigt dies auch sein mag. Wir müssen uns von der unrealistischen Vorstellung verabschieden, dass einige Länder das moralische Recht haben sollen, Massenvernichtungswaffen zu besitzen, zu verbessern und in ihre Verteidigungsstrategien zu integrieren, während ihr Besitz für alle übrigen Länder moralisch verwerflich ist.

Genauso müssen wir uns von der verbreiteten Vorstellung verabschieden, dass Sicherheit mit Grenzen – Stadtmauern, Grenzpatrouillen, Völkern oder Religionen – zu tun hat. Die Weltgemeinschaft mit ihrem ununterbrochenen Strom von Menschen, Ideen, Gütern und Rohstoffen ist durch eine unumkehrbare gegenseitige Abhängigkeit gekennzeichnet. In einer solchen Welt erfordert die Terrorismusbekämpfung eine grenzüberschreitende Sicherheitskultur und einen umfassenden Ansatz, der auf Solidarität und dem Wert des menschlichen Lebens basiert. In einer solchen Welt ist kein Platz für Massenvernichtungswaffen.

Kurz vor der Veröffentlichung des Artikels erfuhr ich, dass Präsident Bush in einer Rede vor der National Defense University in Washington am 11. Februar ebenfalls Vorschläge für den Kampf gegen die Verbreitung von Kernwaffen machen wollte. Die *New York Times* erklärte sich daraufhin bereit, die Veröffentlichung meines Artikels um ein oder zwei Tage nach hinten zu verschieben, damit es nicht den Eindruck machte, als wolle ich Bush vorgreifen.

Einige Stunden vor der Bush-Rede erhielt ich einen Anruf von Colin Powell. Der Präsident wolle sieben neue Maßnahmen zum Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verkünden, so der Außenminister. Er fuhr fort, er selbst stimme nicht mit allen Ideen überein. »Einige Vorschläge sind kontrovers und müssen im Gouverneursrat diskutiert werden«, meinte er. Damit war mein Interesse geweckt.

Wie sich herausstellte, stimmten Bush und ich in vielen Punkten überein. Wir forderten strengere Exportkontrollen und eine strafrechtliche Verfolgung aller Tätigkeiten, die aktiv zur Verbreitung von

Massenvernichtungswaffen beitragen. Bush forderte auch mehr Mittel für den Schutz radioaktiver Materialien, machte sich für das Zusatzprotokoll stark und empfahl eine Ausweitung der Proliferation Security Initiative<sup>6</sup>. Außerdem schlug er vor, ab einem bestimmten Termin sollten keine weiteren Länder mehr einen Brennstoffkreislauf einrichten dürfen, was eine erhebliche Differenz zu meinem Vorschlag darstellte. Außerdem war natürlich keine Rede von atomarer Abrüstung. Doch in vielen von Bushs Vorschlägen war die Absicht zu erkennen, die Lücken bei den bestehenden Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, wie sie das Khan-Netzwerk aufgezeigt hatte, zu schließen.

Zwei von Bushs Vorschlägen schienen mir dagegen verfehlt. Erstens forderte er die Einrichtung eines Sonderausschusses der IAEO, der sich auf spezifische Safeguard- und Überprüfungsfragen konzentrierte. Und zweitens sollte die IAEO alle Mitgliedsstaaten, die im Verdacht standen, gegen das Safeguard-Abkommen verstoßen zu haben, aus dem Gouverneursrat ausschließen.

Später erfuhr ich von einem Mitglied der Bush-Regierung, dass die Rede aus der Feder von John Bolton und Robert Joseph<sup>7</sup> stammte und nicht mit dem Außenministerium abgesprochen worden war. Die Vorstellung eines Sonderausschusses für Safeguards schien zwar auf den ersten Blick geeignet, die Kontrollen der Organisation zu stärken, aber sie war letztlich nichts als ein Versuch, die IAEO-Berichte zum Iran zu überwachen und eine harte Linie durchzusetzen. Und der Gedanke, »Länder, gegen die Untersuchungen anhängig waren«, aus dem Gouverneursrat auszuschließen, war ein kaum verhüllter Angriff auf den Iran und hätte nicht funktioniert. In dem Vorschlag kam vor allem ein mangelndes Verständnis der IAEO zum Ausdruck: Den Protokollen der multilateralen Diplomatie und der gegenseitigen Achtung, die das Funktionieren internationaler Organisationen gewährleisten (und die mit staatlichen Gesetzen vergleichbar sind), ist mit Schikane, Vorurteilen und Vorverurteilungen nicht gedient.

Bei meinem Treffen mit Präsident Bush im März 2004 kamen wir auch auf die Gefahr eines atomaren Schwarzmarkts zu sprechen. Meiner Ansicht nach war A. K. Khan zwar der Kopf der Operation, aber es war offensichtlich, dass er nicht allein arbeitete. Ich wies beson-

ders auf die Rolle Pakistans beim Aufbau der nordkoreanischen Atomprogramme hin, der offenbar durch Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene ermöglicht wurde.<sup>8</sup> Im Falle des Iran schienen auch Teile der pakistanischen Streitkräfte beteiligt gewesen zu sein.

Ich begründete meine Einschätzung unter anderem mit einem handschriftlich verfassten Brief Khans, den ich gesehen hatte. Er hatte diesen Brief aus Pakistan geschmuggelt und sah in ihm offenbar eine Art Lebensversicherung für den Fall, dass er von den pakistanischen Behörden verhaftet werden sollte. In diesem Brief erklärte Khan, er sei von hochrangigen Offizieren der pakistanischen Streitkräfte angewiesen worden, mit dem Iran und Nordkorea zusammenzuarbeiten.

Bush stimmte mit mir überein, dass es klare Hinweise auf weitere pakistanische Akteure gab. Doch die komplexe Beziehung zu Pakistan, das die Vereinigten Staaten unter anderem beim Afghanistankrieg unterstützte, machte es Washington schwer, die pakistanische Regierung unter Druck zu setzen. Im Sinne eines pragmatischen Ansatzes kam ich zu dem Schluss, dass es vor allem darum ging, herauszufinden, wer noch durch Khans Netzwerk Kerntechnologie erworben hatte.

In den folgenden Wochen stießen die neuen Maßnahmen gegen nichtstaatliche Akteure, die speziell zur Verfolgung der heimlichen Aktivitäten des Khan-Netzwerks gedacht waren, rasch auf internationale Zustimmung. Im Mai verabschiedete der Weltsicherheitsrat seine Resolution 1540, die alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen aufforderte, Gesetze zu erlassen, mit denen jede Beteiligung von Einzelpersonen an der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verfolgt werden konnte. Die Resolution forderte außerdem verschärfte Kontrollen im Inland, um den Zugang zu kerntechnischen Materialien und Geräten im weitesten Sinne zu erschweren.

Nicht allen von Bushs Vorschlägen war ähnlicher Erfolg beschieden. Der Ausschluss von bestimmten Mitgliedsstaaten aus dem Gouverneursrat – eine symbolische Geste der Erniedrigung – wurde nie ernsthaft erörtert. In den folgenden beiden Jahren bearbeiteten die Amerikaner den Gouverneursrat, bis dieser schließlich seinen Sonderausschuss für Safeguard-Abkommen einrichtete. In meinen Augen konnte der Ausschuss als »Mittel zur Stärkung der Safeguard-Abkommen« eine sinnvolle Rolle spielen und sich beispielsweise für einen Ausbau der

IAEO-Labors einsetzen, die sich in einem traurigen Zustand befanden. Doch der Ausschuss hielt sich nicht lange. Schon bald taten sich große Nord-Süd-Differenzen hinsichtlich der Fairness und Wirksamkeit der Atomwaffenkontrolle auf. Nach einer Reihe ereignisloser Sitzungen ließ ihn der Gouverneursrat »eines stillen Todes sterben«, wie einer der Abgesandten es ausdrückte.

✱

Die Entdeckung des Khan-Netzwerks und damit die Erkenntnis, dass ein hochrangiger pakistanischer Regierungsbeamter einen internationalen Schmugglerring betrieben hatte, brachte Islamabad in große Verlegenheit. Präsident Musharraf blieb keine andere Wahl, als zu handeln. Am 4. Februar 2004 musste A. K. Khan vor den Kameras des staatlichen Fernsehsenders gestehen, dass er ein internationales Atomnetzwerk geleitet hatte. Doch schon am nächsten Tag wurde er von Musharraf mit Verweis auf seine Verdienste um den pakistanischen Staat begnadigt und bis 2009 unter Hausarrest gestellt. Für das Ausland war diese Abfolge der Ereignisse mehr als erstaunlich: Wie konnte ein Mann, der eigenhändig in gewaltigem Maßstab die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen betrieben hatte, ohne Prozess begnadigt werden?

Aber Musharraf konnte es sich nicht erlauben, allzu kritisch zu sein. Khan galt als Volksheld, weil er in der öffentlichen Wahrnehmung einen großen Beitrag zur nationalen Sicherheit geleistet hatte, als er Pakistan die Atombombe brachte und damit dem Land half, mit Indien gleichzuziehen. Außerdem hätte er vermutlich weitere Angehörige der pakistanischen Regierung belasten können. Es wurde viel darüber spekuliert, inwieweit die Regierung in die Aktivitäten Khans eingeweiht war und inwieweit er von hochrangigen Beamten und Offizieren unterstützt wurde. Angeblich soll Khan die Lieferungen an seine ausländischen Kunden gelegentlich mit Regierungsflugzeugen verschickt haben.<sup>9</sup> Sein Wohlstand legte die Vermutung nahe, dass er neben seinen Bezügen als Regierungsbeamter noch über weitere Einkommensquellen verfügte. Und nach Presseberichten hatte der pakistanische Geheimdienst ein umfangreiches Dossier über Khan angelegt, aber beschlossen, nichts

gegen ihn zu unternehmen.<sup>10</sup>Als wir die Aktivitäten des Khan-Netzwerks besser durchschauten, mussten wir gleichzeitig erkennen, dass sich die westlichen Geheimdienste auf die Strategie »Abwarten und Nichtstun« verlegt hatten. Amerikanische Beamte erklärten, sie seien schon lange über die Tätigkeit Khans informiert gewesen, hätten sich aber entschieden, nichts zu unternehmen. Wenn das stimmt, dann war die Behauptung, die Entdeckung des libyschen Atomwaffenprogramms sei ein Triumph der US-Geheimdienste, völliger Unsinn. Der ehemalige niederländische Premierminister Ruud Lubbers erklärte, die Niederländer hätten Khan schon in den siebziger Jahren festnehmen wollen, seien jedoch von der CIA gebeten worden, dies zu unterlassen. Im März 2004 zitierte Seymour Hersh in einem Artikel in *The New Yorker* einen hochrangigen amerikanischen Geheimdienstoffizier mit den Worten: »Vor 15 Jahren hatten wir ausreichend Gelegenheit, dem Netzwerk von A. K. Khan das Handwerk zu legen. Einige der heute an den Schmuggeloperationen beteiligten Leute sind die Söhne von Männern, die wir schon in den Achtzigern kannten. Es handelt sich bereits um die zweite Generation.«<sup>11</sup> Eine ähnliche Aussage machte später Robert Einhorn, der von 1991 bis 2001 Staatssekretär für Rüstungskontrolle war: »Nachdem wir davon erfahren hatten, hätten wir das Kahn-Netzwerk jederzeit stoppen können. Die Frage war damals, unterbinden wir das sofort oder sehen wir es uns weiter an, um es besser zu verstehen und später mit der Wurzel ausreißen zu können. Wir haben uns fürs Warten entschieden.«<sup>12</sup>

»Können Sie mir verraten, was Sie damit gewonnen haben?«, wollte ich schreien. Wo waren denn all die dicken Fische, die jetzt angeblich so einfach gefangen werden konnten? Wie sollte die IAEO die Verbreitung von Kernwaffen verhindern, wenn uns entscheidende Informationen vorenthalten wurden? Erkannten die Vereinigten Staaten – oder Großbritannien und all die anderen Länder, die von Khan wussten – nicht, dass sie als Mitglieder des Atomwaffensperrvertrags die Pflicht hatten, die IAEO über dessen Umtriebe zu informieren? Und wäre es nicht sinnvoller gewesen, die heimlichen Atomprogramme des Iran, Libyens und anderer Länder im Anfangsstadium zu unterbinden?

Was auch immer die Gründe gewesen sein mögen, die Strategie, abzuwarten und nichts zu tun, erwies sich im Nachhinein als katas-

trophaler Fehler. Unter anderem ermöglichte sie es, die Mitglieder des Netzwerks zu warnen. In Gesprächen erklärten Mittelsmänner, sie hätten gewusst, dass sie unter Beobachtung standen. So konnten sie in aller Ruhe Aufzeichnungen zerstören, was wiederum der IAEO und anderen Behörden eine Einschätzung der genauen Dimensionen des Netzwerks erschwerte und es nahezu unmöglich machte, weitere Kunden ausfindig zu machen.

Hatte Khan weitere Kunden? Robert Gallucci bezeichnete A. K. Khan als »Hänschen Apfelkern der Urananreicherung«, weil er die Zentrifugentechnologie in alle Himmelsrichtungen verbreitete. Khans Reisen führten ihn in den Nahen Osten und nach Afrika. In den seltensten Fällen gibt es Aufzeichnungen über seine Aktivitäten in diesen Ländern. Doch es halten sich die Gerüchte, und manchmal sind besorgniserregende Anzeichen zu erkennen.

Als ich im Jahr 2004 einen der Golfstaaten besuchte, erklärte mir beispielsweise ein Mitglied der Königsfamilie, Khan habe zwei Jahre lang versucht, dem Land Atomanlagen zu verkaufen. Die Regierung habe Interesse vorgetäuscht und versucht, über Agenten die Geschäfte des Netzwerks mit dem Iran auszuforschen. In anderen Ländern hörte ich ähnliche Geschichten. Vermutlich hat sich an verschiedenen Orten immer dasselbe abgespielt. Liegt da nicht die Vermutung nahe, dass einige Länder angesichts dieser Möglichkeit zugegriffen haben könnten?

Das Netzwerk verfügte über die Möglichkeiten, jedem, der es sich leisten konnte, kerntechnische Materialien, Gerätschaften und Know-how zur Verfügung zu stellen, und es ist mein Alptraum, dass irgendwo in einer abgelegenen Region wie dem Norden Afghanistans eine kleine Anreicherungsanlage eingerichtet worden sein könnte.<sup>13</sup> Angesichts der zunehmenden technologischen Versiertheit von Extremistengruppen lässt sich dies leider nicht als Schauermärchen abtun.

Mit der Festnahme von A. K. Khan mag der Kopf der Operation außer Gefecht gesetzt worden sein, doch das bedeutet nicht, dass sein Netzwerk nicht trotzdem noch in der Lage ist, interessierte Kunden zu beliefern. Wie Sam Nunn anmerkte: »Wenn es um derartige Summen geht, wenn derart viel auf dem Spiel steht und wenn diese Technologie derart verbreitet ist«, dann ist der Verkauf einer Atomwaffe nahezu

unvermeidlich.<sup>14</sup> Abdul Kadir Khan machte es sich zur Lebensaufgabe, der islamischen Welt die Bombe zu bringen, mit dem israelischen Atomwaffenprogramm gleichzuziehen und nebenbei eine Menge Geld zu verdienen. Die Schließung seines Atombasars wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Aus dieser Geschichte können wir dreierlei lernen. Erstens ist die Rolle Israels im Nahen Osten und die Rolle Indiens in Südasien ein Beweis, dass der Aufbau eines Atomwaffenprogramms den Aufbau weiterer Atomwaffenprogramme provoziert. Zweitens müssen Exportbeschränkungen zwar deutlich verschärft werden, doch sie stellen keine Lösung mehr dar, denn die Technologie ist längst aus der Flasche entkommen. Und drittens werden sich Länder so lange um Atomwaffen bemühen, solange ihnen deren Besitz Macht und Ansehen verleiht, und vor allem diejenigen Länder und Regionen werden das versuchen, die sich bedroht fühlen.